

Die wirklichkeitsfremden Standpunkte vom neuen Gesundheitsminister Bahr

Lemwerder, den 01.06.2011

In einer großen Tageszeitung hat der neue Gesundheitsminister Daniel Bahr vor einigen Tagen ein ausführliches Interview gegeben und in dieser Woche auf dem Ärztetag in Kiel weitere gesundheitspolitische Standpunkte erläutert. Die Aussagen fordern von Sachkennern des Gesundheitswesens geradezu zum Widerspruch heraus. Seine Ausführungen lassen ein gerütteltes Maß an Überheblichkeit zum Nachteil der gesetzlich Versicherten erkennen; seine gesundheitspolitischen Pflöcke, die er auf dem Ärztetag festmachte, wurden dankbar von den Ärzten aufgenommen. Klar ist, wo die Reise im Gesundheitswesen in Fortsetzung seines (Partei)-Vorgängers hingehen soll.

Die öffentlichen Aussagen von Minister Bahr, der sich nach eigenen Worten schon! seit 2002 als 26-jähriger mit der Materie Gesundheitspolitik befasst hat, sind keineswegs im Sinne der Millionen Versicherten. Hier sind die bemerkenswerten Sätze des neuen Ministers aus diesen Tagen zusammen gefasst:

- **Eine Zweiklassenmedizin für Versicherte gibt es in Deutschland nicht.**
- **Der gesetzlich einheitliche Beitragssatz von 8,2% für Arbeitnehmer und Rentner plus der in der Höhe freigegebene Zusatzbeitrag ab 2012 sei ein wichtiges Instrument für mehr Wettbewerb.**
- **Die Ärzte wurden mit Lob und Dank überschüttet und ihnen die Wohltaten der schwarz-gelben Bundesregierung nahegebracht sowie eine neue Gebührenordnung für höhere Einkünfte angekündigt.**
- **Er preist die Bedeutung des Gesundheitswesens als Jobmotor und Boombranche.**

Die Verneinung einer bestehenden Zweiklassenmedizin hinterlässt bei den Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen in unserem Land und übrigens auch bei vielen Kassenärzten nur Kopfschütteln. Wie abgehoben muss dieser Politikaufsteiger bereits sein, wenn er den für alle Arbeitnehmer und Rentner festgezurrtten Beitragssatz, plus der berechnungsfähige Zusatzbeitrag als wichtiges Instrument für mehr Wettbewerb bezeichnet! Da die Anzahl der Krankenkassen stetig abnimmt und wegen der Kassen-Fusionen die Kostenstrukturen weitgehend bestehen bleiben, verteilen sich die bestehenden Schwerstkrankenanzahlen auf weniger Kassen. Für einen unterschiedlichen Leistungswettbewerb anlässlich notwendiger Diagnostik und Therapie gibt es ganz sicher immer weniger finanzielle Spielräume. Nein, Wettbewerb und Transparenz sind nun wirklich nicht von den geltenden Beitragsgrundsätzen ableitbar. Der Minister sollte ehrlicher sein und zugeben, dass die Zusatzbeiträge und die

sich dann auswirkenden nicht mehr tragbaren Belastungen für Versicherte als Begründung für eine baldige Einführung der geplanten Gesundheitsprämie (Kopfpauschale) von der Bundesregierung erhalten soll.

Jedermann weiß, dass im Gesundheitswesen weit mehr als 20 Milliarden Euro in dem Beitragssatz durch konsequente Strukturmaßnahmen, Wegfall der versicherungsfremden Leistungen aus der GKV und eine gesonderte Absicherung für gefährliche Freizeitaktivitäten eingespart werden könnten. Die von Daniel Bahr verfolgte Gesundheitspolitik ignoriert derartige Selbstverständlichkeiten, weil unser Gesundheitswesen als Jobmotor und Boombranche (Arbeitsplatzausweitung- und Erhaltung) zu Lasten der Beiträge erhalten soll.

Günter Steffen

Nordseering 29

27809 Lemwerder

Telefon 0421/6979140

www.guenter-steffen.de